

MEHRPARTEI-KOALITIONSREGIERUNGEN IN PRÄSIDIALSISTEME

*Interregionale Forschung:
Afrika, Lateinamerika, Post-Sowjet Region*

FANNI MANDÁK

Dr. Nicholas Cheeseman, Lehrer von Jesus College Oxford hat am 29. September 2011 das mit den Professoren Dr. Paul Chaisty und Dr. Timothy J. Power zusammen geführte Forschungsprojekt mit dem Titel „Rethinking the Presidential Debate: Coalitional Politics in Cross-Regional Perspective“ und die bisher erreichten Ergebnisse an der Budapester Mittteleuropäischen Universität (CEU) vorgestellt. Die Forschung umfasst die vergleichende Analyse von Afrika, Lateinamerika und von den einzelnen Länder der ehemaligen Sowjetunion, und sie untersucht, welche Instrumente die Präsidenten zur Wahrung und zur Betreibung der Mehrparteienkoalitionen in den drei Regionen verwenden.

Der Fachbereich von Dr. Cheeseman ist die vergleichende Analyse der Länder von Subsahara, beziehungsweise der Prozess der Demokratisierung. Er ist der Verantwortliche in der Forschung für die afrikanischen Länder: für die Republik Benini, für Kenya, Liberia und für die Republik Malawi.

Der Fachbereich von Dr. Chaisty, der Lehrer von S. Antony's College Oxford, ist das politische Institutionssystem der auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion liegenden Länder. Im Rahmen des Projekts verrichtet er die mit Russland, Armenien und mit der Ukraine beschäftigende Forschung.

Dr. Power, der mit Brasilien-Studien beschäftigende Lehrer von St. Cross College Oxford, ist für die lateinamerikanischen Länder, für Argentinien, Brasilien, für die Republik Chile und für Ecuador verpflichtet.

Als Einführung des Vortrags hat Dr. Cheeseman die Geschichte der „Präsidentalization-Diskussion“, die an dem Schwatz teilnehmenden, gegensätzlichen Ansichten kurz bekannt gemacht und er hat die 4 Mängel der bisherigen Diskussion vorgestellt. Der Oxforder Professor hat beanstandet, dass die in diesem Thema geführten Forschungen bisher meistens nur eine Variable der Institution untersucht haben, sie haben die nationalen Eigentümlichkeiten und die Rolle der informalen Institutionen oft außer Acht gelassen, sowie haben sie aus den Forschungsergebnisse einer Region der Welt zu ellgemeine Folgerungen gezogen.

Das Projekt der drei Oxforder Professoren untersucht die überraschend langfristige Nachhaltigkeit der Mehrparteienregierungen in dem ausgewählten präsidentialen System, in drei, aus mehreren Aspekten auch über eigenartigen Charakter verfügenden Regionen der Welt. Als Grundhypothese akzeptieren die Forscher, dass der Schlüssel der Nachhaltigkeit dieser Systeme die Koalitionsschöpfung- und Bewahrung ist. Aus dieser Anschneidung ausgegangen untersucht die Forschung zwei Themen:

- welche Instrumente die einzelnen Präsidenten an den Koalitionsverhandlungen und während des Gesetzgebungszyklus, im Laufe der Koalitionsabstimmungen verwenden,
- inwiefern wirkt die Benutzung dieses Instrumentensystems auf das demokratische Rechenschaftspflicht (democratic accountability).

Die Forschung untersucht die Beziehung der legislativen und der exekutiven Mächte, und nimmt an, dass solch umfassendes Instrumentensystem den Präsidenten zur Verfügung steht, mit dem sie nicht nur den Vorgang der Koalitionsschöpfung beeinflussen und steuern, sonder die Wahrung der Förderung der Parteien in den späteren Gesetzsetzungsprozesse sichern können.

Die fünf großen Gruppen des Instrumentensystems:

- a) Einfluss auf die Tagesordnung (Gesetzgebungsmacht des Präsidenten, Regierungserlässe)
- b) Haushaltsrechte (Verteilung der Portfolios unter den Koalitionsparteien)
- c) Kabinett-Management (Kontrolle der öffentlichen Ausgaben)
- d) „Partisan“-Macht (Einfluss der Präsidenten auf einen Partei oder auf mehrere)
- e) informale Institutionen (durch die individualen historischen, kulturellen Faktoren der einzelnen Länder bestimmte Gruppe, wie zum Beispiel: Klientismus)

Laut der bisherigen Ergebnisse der Forschung kann man zusammenfassend sagen, dass die Präsidenten sich ähnlich den Ministerpräsidenten der westeuropäischen Mehrparteiendemokratie verhalten sollen, damit die Regierung zur Verwirklichung des politischen Programms Unterstützung bekommt. Obwohl mehrere Forscher (Linz 1990, Mainwaring 1993) in den 1980-er und 1990-er Jahren so gemeint haben, dass die präsidentiale Mehrparteiensysteme verfallen werden, wurde die Ansicht auch verbreitet, laut der man die stabile Mehrparteien-Koalitionsregierungen auch in den Präsidentsystemen aufrechterhalten kann (Cheibub, Przeworski, Saiegh 2004; Chasquetti 2008). Obwohl die drei Regionen und die Länder innerhalb der Regionen verschiedene Eigentümlichkeiten aufweisen, benutzen sie gewählten Präsidenten zur Regierung dieselben Instrumente.

Lateinamerika: „pro-aktive Präsidenten“

Die Eigentümlichkeit der lateinamerikanischen Ländern ist, dass die Präsidenten beträchtliche und stark formale (durch die Verfassung kodifizierte Rechte und Instrumente besitzen, mit deren Hilfe sie nicht nur die Rechtsetzungsprozess unter Kontrolle halten können, sondern sie sind dazu fähig, Koalitionsregierungen zu gründen und zu unterhalten. Das anschaulichste Beispiel ist Brasilien, wo bedeutende Rechtskreise durch die Verfassung von 1988 in die Hand des Präsidenten gegeben wurden, so wie die Möglichkeit der Rechtsetzung durch Regierungserlässe¹, bzw. die unterschiedlichen Vetoinstituten². Weiterhin kann der Präsident im Falle von Dringlichkeit die Fachausschussermittlung des Gesetzentwurfes unterbrechen, und er kann sie sofort auf die Plenarsitzung schicken. Als Folge der durch die Verfassung von 1988 gesicherten präsidentialen Rechte war 80% der aufgenommenen Rechtsvorschriften in den letzten zwei Jahrzehnten von der Regierung initiiert, und die letzten drei Präsidenten haben mit einer echten Mehrheit regiert, die Mehrparteienkoalitionen bildenden Parteien haben 70% der Abgeordneten im Unterhaus vertreten.

„Super Präsidentsystem“ und „gönnerschaftliches Präsidentsystem“ in den Länder der ehemaligen Sowjetunion

Die untersuchten Länder sind halbpräsidential, auf mehreren Orten ist die in der Hand des Präsidenten und seines Apparates konzentrierende, stark formale Macht zu beobachten. Der Mangel der institutionellen Bremsen und Ausgleichgewichte ermöglicht den Präsidenten laut gönnerschaftlichen und eigenen Regeln zu regieren (Robinson, 2000).

In diesen Ländern werden die formalen Rechte von dem Präsidenten mit zahlreichen „informalen“ Instrumenten ergänzt, die auf Gönner-Klient-Verhältnis basieren (Hale, 2005). Es ist wichtig daneben auszuheben, dass die Präsidenten bloß an die Methode der Gesetzgebung mit Regierungserlässe anlehnend die Koalitionskabinette nicht aufrechterhalten könnten. In dem ersten Jahrzehnt ist es zu beobachten, dass die Präsidenten ihre Partisanmacht bei der Aufstellung der Koalition weitgehend verwendet haben. In den letzten Jahren wurden die Lobby-Tätigkeit der Vertreter, die Umgestaltung des gesetzgeblichen Kartells, der Kauf der Stimmen in der Region immer charakteristischer³.

Afrika: „Papierinstituten“ und das Gesetz des „großen Menschen“

In den afrikanischen Länder ist die Einführung des Ausgleichgewichts gegen den Präsidenten mit der politischen Liberalisierung nicht einhergegangen, sowie der Ausbau der Grenzen der präsidentialen Macht. Die Parlamente und die Kongresse sind gegen die Regierung und den Präsidenten sehr beeinflussbar und schwach geblieben.

Die informalen Regeln und Instrumente, wie zB. die ererbten Netzwerke, spielen in dieser Region auch eine große Rolle, in bestimmten Fälle drängen sie die formalen Instituten in den Hintergrund.

Die auf dem Gönner-Klient-Verhältnis beruhigenden Netze (die sich nicht unbedingt durch ethno-regionale Gemeinschaften erbauen) garantieren eine starke Macht, damit sie das Ausspielen der kodifizierten Spielregeln⁴ für die „großen Menschen“⁵ ermöglichen.

¹ Dadurch darf der Präsident, ohne die Unterstützung des Kongresses, Gesetz schaffen, und er kann die legislative Tagesordnung beeinflussen.

² Die Verfassung ermöglicht für den brasilianischen Präsidenten, um sie mit seinem status quo Veto zu beschützen, falls der Kongress sie verändern mag.

³ Dieser letzte war besonders in der Ukraine charakteristisch.

⁴ Chabal, Daloz 2004.

⁵ Meadard 1982.

Die Forscher des Projekts heben gleichzeitig hervor, dass die Präsidenten im Falle von Afrika so einem hohen Maß an parlamentarische Fragmentation gegenüberstehen sollen, dass es notwendig ist, sich als Präsident zu verhalten, den Versprechen, den Leistungen an Koalitionsverhandlungen bedeutenden Raum geben (Cheeseman 2008).

Einer der wichtigsten zugegebenen Werte des Forschungsprojekts zu der mit den präsidentialen Systemen beschäftigten, wissenschaftlichen Arbeit ist, dass es erhellt, dass die verfassungsmäßige Macht des Präsidenten in diesen Systemen nicht der einzige entscheidende Faktor ist. Die Präsidenten benutzen verschiedene Instrumente, um die Gefahr der Gewaltentrennung zu kompensieren. Die Untersuchung dieser Instrumente, dieses Instrumentensystems kann beweisen, und erklärend, warum die präsidentiale Regierungsform neben stark fragmentierte Mehrparteienkoalitionen und Parlamente funktioniert.

Obwohl die in der Forschung untersuchten Instrumente die Präsidenten verstärkt haben, und die haben die Nachhaltigkeit der Mehrparteienkoalitionen gesichert, haben sie negative Externalien generiert. Die „Kompensationstätigkeiten“, die bei der Bekämpfung der Nachteile wegen der Gewaltentrennung verwendet wurden, haben für die Präsidenten zu exekutiven Grundordnungen geführt, in vielen Fällen haben sie die Übersichtlichkeit, die demokratische Rechenschaftspflicht und die Gesetzgebungsfähigkeit der Parlamente verringert.

Übersetzt von Beáta Balácsi

Bibliographie

Chabal, P., Daloz, J.P. 2004. *Africa Works: The Political Instrumentalization of Disorder*. Oxford: James Curry.

Chaisty, P., Cheeseman, N., Power, T. 2011. *Rethinking the “Presidentialism Debate”: Coalitional Politics in Cross-Regional Perspective*. Draft paper.

Cheeseman, N. 2009. “Unity Versus Spoils: Coalition Politics in Africa”. Unpublished conference paper, American Political Science Association.

Cheeseman, N., Tendi, M. 2010. “Power Sharing in Comparative Perspective: The Origins and Consequences of Unity Government in Africa”, *Journal of Modern African Studies* 48: 203-229.

Cheibub, J. A., Przeworski, A., Saiegh, S. 2004. “Government Coalitions and Legislative Success under Presidentialism and Parliamentarism.” *British Journal of Political Science* 34: 565-587.

Hale, H. 2005. “Regime cycles: democracy, autocracy and revolution in post-soviet Eurasia.” *World Politics*, 58: 133-65.

Linz, J. 1990. “The Perils of Presidentialism.” *Journal of Democracy* 1: 50-69.

Mainwaring, S. 1993. “Presidentialism, Multipartyism and Democracy: The Difficult Combination.” *Comparative Political Studies* 26, no. 2: 198-228.

Medard, J. F. 1982. “The Underdeveloped State in Tropical Africa: Political Clientelism or Neo-Patrimonialism”. In Christopher Clapham ed. *Private Patronage and Public Power: Political Clientelism in the Modern State*. London: Frances Printer.

Robinson, N. 2000. “The Presidency: the politics of institutional chaos.” In Neil Robinson, ed., *Institutions and Political Change in Russia*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

van Zon, H. 2005. “Political culture and neo-patrimonialism under Leonid Kuchma.” *Problems of Post-Communism*, 52, no. 5: 12-22.

*

www.southeast-europe.org
dke@southeast-europe.org

© DKE 2011

Achtung! Lieber Forscher, liebe Forscherin! Wenn Sie sich auf diese Studie/diesen Artikel beziehen, oder wenn Sie einen Teil zitieren, bitte, schicken Sie dem Chefredakteur eine E-Mail auf die E-Mail Adresse dke@southeast-europe.org. Zitieren Sie die Studie/den Artikel folgenderweise: Fanni Mandák: Mehrpartei-Koalitionsregierungen in Präsidentsystemen. Interregionale Forschung: Afrika, Lateinamerika, Post-Sowjet Region. *Délkelet Európa – South-East Europe International Relations Quarterly*, Vol. 2. No. 7. (Herbst 2011) pp 1-3. Ich danke für Ihre Bemühung/Zusammenarbeit. Der Chefredakteur.